

Protokollauszug

aus der
Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung
und Bauen
vom 09.03.2004

öffentlich

Top 4.3 BE Stand Projekt "Potsdam-Visier", hier Info. bzgl. der Ausschreibungspflichtigkeit

zur Kenntnis genommen

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Bauen) informiert die Teilnehmer über das Ergebnis der Abstimmungen. Die Ausschreibungspflicht an dieser Stelle ist gegeben. Er verweist hier auch auf die Dreieckskonstruktion zwischen Stadt – Team Visier – Werbefirma. Die Stadt würde hier eine geldgleiche Leistung – hier den Werbestandort – einbringen (kostenlose zur Verfügung stellen). Dies hat zur Folge, dass die Stadt prüfen muss, mit welchen Beteiligten solche Leistungen im günstigen Fall (Leistung + Gegenleistung) möglich wäre. Kompliziert wird dies dadurch, dass die Stadt hier nicht alle Bedingungen fixieren kann. Die Ausschreibung ist anhand der präzisen Festlegungen zu den Projekten vorzunehmen. Es ist vorgesehen, die Ausschreibung in den nächsten Monaten in Abstimmung mit Team-Visier vorzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende richtet die Bitte an die Verwaltung, die Mitteilung an den beteiligten Werbetreibenden als Anlage diesem Protokoll beizufügen.

Herr Jäkel beantragt Rederecht für den Vertreter von Team-Visier. Hierzu erfolgt kein Widerspruch seitens der Teilnehmer.

Herr Franke (Team-Visier) nimmt das Rederecht wahr. Aus seiner Sicht gibt es jetzt keine Hindernisse mehr und nimmt das Gesprächsangebot von der Verwaltung an.

Durch Herrn Goetzmann wird nochmals erläutert, dass hier nicht das Kunstprojekt auszuschreiben ist. Die Bedingungen sind durch Team-Visier zu fixieren, so dass sie Bestandteil einer Ausschreibung sein können.

Nach weiterer Diskussion der Teilnehmer, in der von Herrn Kümmel Unverständnis für den Umgang mit der bisher in Verhandlungen mit Stadt und Team Visier befindlichen Firma Stroer äußerte, erfolgt der Vorschlag von Herrn Lenschow, dass die nächste Berichterstattung der Verwaltung nach Vorlage des Ausschreibungsergebnisses erfolgen sollte. Die Verwaltung signalisiert Zustimmung.